



Feudales Steuersystem

Das Lieblingsargument gegen die überfällige Besteuerung großer Vermögen lautet, dass die Reichtümer davonlaufen und sich im Ausland verstecken würden. Seit die OECD die Schlusslichtposition Österreichs bei der Vermögensbesteuerung gebrandmarkt hat, fragt sich: wohin soll es flüchten? Nur in Tschechien ist Vermögen so niedrig besteuert wie hierzulande, überall sonst fallen höhere Vermögenssteuern an. Die international beispiellose Besserstellung der Begüterten begann in Österreich Anfang der neunziger Jahre mit der Abschaffung der Vermögenssteuer und kulminiert gegenwärtig mit dem Ende von Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Privilegierung der Reichen führt zurück in den Feudalismus: Vor der Französischen Revolution waren Adel und Klerus von der Steuerpflicht befreit, während das gemeine Volk die gesamte Steuerlast zu tragen hatte. In der Allgemeinen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 stand deshalb, dass jedes Mitglied eines demokratischen Gemeinwesens gemäß seiner ökonomischen Leistungskraft zur Staatsfinanzierung beizutragen habe. In Österreich ist heute der Beitrag der Reichen – via Vermögenssteuern – auf 1,3% zusammengeschmolzen. OECD-weit ist er mit 5,6% auch nicht die Welt, doch der Unterschied macht immerhin 4,6 Milliarden Euro aus. Mit diesen Mehreinnahmen hätte Österreich in den letzten Jahren bequeme Budgetüberschuss erzielt, die Arbeitseinkommen hätten entlastet und die Sparpolitik in eine Investitionspolitik gedreht werden können. Die öffentliche Finanzierung von Pflege, Gesundheit, Bildung, umweltfreundlicher Mobilität und erneuerbarer Energien hätte hochwertige Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung schaffen können. 4,6 Milliarden Euro sind auf das gesamte Vermögen der ÖsterreicherInnen gerechnet 0,4%, deswegen würde niemand das Land verlassen. Der – differenzierte – Wiedereinstieg in die Vermögensbesteuerung würde das Anwachsen der Ungleichheiten bremsen: Zwei Drittel des Gesamtvermögens befinden sich in Händen von nur zehn Prozent der Bevölkerung. Bei ihnen – und nicht bei den kleinen Erben, Häuslbauern und Landwirten – müsste der Fiskus ansetzen. Laut Weltreichtumsbericht residieren mehr als 70.000 Euromillionäre in Österreich, sie erfreuen sich eines jährlichen Wachstums ihres Vermögens um 8,5% – ohne einen Finger zu rühren. Denn Geld arbeitet nicht, es wird von anderen Menschen vermehrt, deren Einkommen a) nicht wachsen und b) voll versteuert werden. Laut Wifo wachsen die Nettoeinkommen der Haushalte heuer um 0,0% – bei einem Wirtschaftswachstum von 3,2%. Die Regierung öffnet die Schere zwischen Arm und Reich mit der Beerdigung von Erbschafts- und Schenkungssteuer weiter. Die ÖVP möchte obendrein den Spitzensteuersatz und damit die Kapitalertragssteuer senken, zwei weitere Schritte zurück in den Feudalismus. Wer will, dass es wirklich allen gut geht, wenn es der Wirtschaft gut geht, muss Arbeit steuerlich entlasten und progressive Vermögenssteuern einführen.

Erschienen im Kurier, 15. August 2007.